

# Spangenberger Zeitung

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Erscheint wöchentlich 3 mal und kostet Dienstag, Donnerstag und Sonnabend 12 Pfennige, ausser aus dem Hause, einschließlich der Beilage „Mein Garten“. Die Frau und ihre Welt, Der heilige Altar, Unterhaltungsblätter. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadensersatz geleistet.

Fernsprecher Nr. 127  
Wochentag aus Ausgabe. Beugspaus 1. Monat 0.90 RM. frei  
ins Haus, einschließlich der Beilage „Mein Garten“. Die Frau und ihre Welt,  
Der heilige Altar, Unterhaltungsblätter. Durch die Postanstalten  
und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein  
Schadensersatz geleistet.



Druckschrift: Zeitung.

Die Millimeter-Anzeigen-Seite kostet bei 48 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig  
Ermäßigte Grundpreise nach Preiseinheit. Der Millimeterpreis für Anzeigen  
im Textteil beträgt bei 90 mm Spaltenbreite 12 Reichspfennig. Für säm-  
tliche Anzeigen gelten die Bedingungen der ab 25. Nov. 1933 gültigen Preise-  
liste Nr. 3. Anzeigannahme am Erscheinungstage bis 9 Uhr Donnerstag.

D.A. VI. 500

Druk und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Hauptchristleiter und für den Anzeigenteil verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 79

30. Jahrgang

Dienstag, den 6. Juli 1937

## Die guten Grundsätze

Keine Illusion der Beratungen der IHO.  
Es ist viel darüber gesprochen worden, ob der Zeit-  
punkt für den großen Internationalen Handelskammer-  
tagen, der am Sonnabend in der Reichshauptstadt zu-  
Beginn ist, ein besonders günstiger war. Man hat  
diese Spannungen und Ereignisse, die gerade in diesen  
Tagen auf der Weltbühne sichtbar wurden, oder in Szene  
gespielt. Die Haltung Englands in der Spanienfrage, die  
offizielle Einstellung des Reichsministeriums auswärtiges und  
außenpolitisches, das neuere Auftreten des französischen  
Premiers und damit das vor aller Augen offenbarwerden  
der Unzulänglichkeit des Dreimächteabkommen waren  
wichtig, dazu angetan, den IHO-Kongress einen sonderlich  
friedlichen und fröhlichen Rahmen zu geben. Trotzdem  
durfte man in vieler Hinsicht mit dem Ergebnis zufrieden

sein. Uns Deutschen war schon allein die Tatsache sympa-  
tisch, daß sehr viele kritisch zu seben gewohnte Ausländer,  
die offenen Blicks durch unser Land reisen, einen eigenen  
Eindruck von dem wirtschaftlichen und politischen Geschehen  
unterstützen können, was wir selbst nicht behaupten,  
doch es uns glänzend geht; aber sie werden,  
wenn sie den Mut zur Wahrheit haben und den nächsten  
aufeinanderfolgenden Stelle vorzutragen, zugeben müssen, daß es  
und bedeutend besser geht, als das Ausland in seinen Zei-  
tungen vielleicht wahrhaben will. Aus politischen Zen-  
tren heraus, versteht sich. Sie werden zugeben müssen,  
daß ein einiges schwäfisches Volk um die seife Unter-  
mauerung seines politischen und wirtschaftlichen Lebens  
kämpft, arbeitet und wenn es not tut, selbst entbehrt.

Das nächste Besprechenswerte sind die Empfehlungen  
in der Konferenz gewesen. Wenn wir uns auch darüber im  
klaren sind, daß zwischen Empfehlung von Aufgaben und  
der Überführung in die Tat ein riesiger Abgrund läuft,  
so müssen wir doch auf der anderen Seite, daß gerade der  
jedoch Zeitpunkt der guten Konjunktur, der wirtschaftlichen  
Prosperität, stärker eine Verständigung in Welthandels-  
fragen und Warenaustauschfragen begünstigt, als Zeiten  
möglichen Geschäftsganges. Sicht man jedenfalls von den  
immerhin begrenzten praktischen Möglichkeiten der IHO,  
so darf man das Ergebnis der Berliner Beratungen  
als einigermaßen befriedigend anstrengen. Die Ent-  
scheidungen, die getroffen wurden, hatten namentlich, soweit  
sie die wichtigsten Fragen, nämlich den Wiederaufbau der  
Weltwirtschaft, die Währungspolitik und die Handels-  
politik betreffen, Bedeutung.

Da ist zunächst die Frage der Weltwirtschaft.  
Theoretisch wahren sich alle Konferenzteilnehmer darüber  
darüber, daß ohne politischen Frieden weder der Weltmarkt  
gelebt, noch der Lebensstandart der Völker gehoben  
werden kann. Daraus folgt, daß zuerst die politischen  
Streitfragen bereinigt werden müssen, ehe an eine groß-  
zügige Erweiterung des Austausches von Gütern oder  
Dienstleistungen gedacht werden kann. Wie wichtig diese  
Aufgabe ist, umriss der IHO-Präsident Watson mit fol-  
genden Worten: „Wenn Waren- und Dienstleistungen in  
geheimer Weise den Weg über die Grenzen in beiden  
Richtungen finden, brauchen Soldaten nicht mehr den Weg  
über die Grenzen zu nehmen.“

Von dieser etwas allgemein gehaltenen Grundlage  
haben sich, je mehr die Beratungen in Einzelheiten  
gingen, Meinungen und Gegenmeinungen freilich manches  
Mal stark ab. So z. B. bei Beratung der Frage der  
Rohstoffversorgung und des Zugangs zu den  
Rohstoffen. Gerade bei dieser Frage fiel es auf, daß die  
Gläubigerländer, in deren Besitz sich überdies zumeist auch  
die reichen natürlichen Rohstoffe befinden, wenig  
gerade über die Forderung der rohstoffarmen Länder auf  
Zugang zum Rohstoffreichtum der Welt dachten. Wäh-  
rend die Länder mit großem Kolonialbesitz sich durch ein  
besonders starkes, bevorrechtigtes Zölle und bevorrechtig-  
te Handelsabnahmen die Beziehungen von Rohstoffen er-  
leichtern und verbilligen können, während sie mit Hilfe  
ihrer nationalen Schifffahrt sich den Rohstofftransport  
denkt einfach und preiswert gestalten, sind die rohstoff-  
armen Länder einzige und allein durch die Eisenbahnen  
in der Lage, am kolonialen Reichtum der Welt teil-  
zuhaben. Allein dieser Zwang zur Bezahlung in Devisen  
ist schon eine ungeheure Benachteiligung, zumal gerade  
die dazu verpflichteten Länder durch Verfall ihres  
alten Vermögens beraubt sind und infolgedessen kaum  
in der Lage sind, zu fremden Zahlungsmitteln anders als  
durch Warenauslieferungen zu kommen; denn nur durch Aus-  
fuhr lassen sich Devisen für die Einfuhr und für andere  
Abzahlungen schaffen. So erweist sich die Ware als das  
einzig echte Zahlungsmittel. In den Entschließungen der  
IHO ist dieser Erkenntnis Rechnung tragend, daher der  
Hinweis zu finden: „Die Gläubigerländer sollen in Zu-  
kunft mehr Waren und Dienstleistungen von den  
Schuldnerländern entgegennehmen; mehr Waren als sie  
ausführen. Allerdings fehlt auch hier der Hinweis auf  
die Abtragung der Schulden nicht, eine Frage, die letzten  
Endes erst dann wieder möglich ist, wenn die Währungs-  
mauern von Grund auf in der Welt auseinander geworfen sind.“

Die Tatsache des Messens mit zweierlei Maß trat auch  
bei Verhandlung der Erzeugung industrieller Rohstoffe wie-  
derholt in Erscheinung. So beispielsweise, wenn sich im-  
mer wieder einzelne ausländische Wirtschaftsvertreter auf

## Judenrepublik „Land Israels“

Dreiteilung Palästinas wird vorgeschlagen

Wie einige Londoner Blätter wissen wollen, schlägt der  
Vorstand der Palästina-Kommission, der am Donnerstag  
veröffentlicht wird, vor, Palästina in drei Teile zu teilen,  
nämlich in einen jüdischen und einen arabischen Staat  
und schließlich in einen Staat unter ständigem britischen  
Mandat.

Der neue jüdische Staat soll etwa zwei Drittel des  
heutigen Palästina einschließen mit der gesamten Küste  
und entweder Haifa oder Tel Aviv zur Hauptstadt  
haben. Sein offizieller Name wird „Land Israels“  
und die Staatsform wahrscheinlich die einer Republik mit  
engen Bindungen an das englische Machtzentrum, deren  
Einzelheiten noch nicht feststehen.

Das britische Mandat soll sich auf die biblischen  
Städte Jerusalem, Bethlehem und Nazareth erstrecken und  
über einen Korridor zwischen Jerusalem und Jaffa, wo-  
durch den Arabern der Zugriff zum Meer gestrichen wer-  
den soll. Im übrigen soll der jüdische Staat im Norden, der  
arabische im wesentlichen im Süden liegen, letzterer  
eng mit Transjordanien verbunden werden.

Außer dem englischen Mandatgebiet gibt es noch  
zwei „zeitweilige Mandate“, nämlich die arabischen En-  
klaven des jüdischen Staates Jaffa, Akko und Tiberias,  
deren Bewohner für die Dauer des „zeitweiligen Man-  
dates“ nicht auswählen werden können. Voraus der jüdi-  
schen Republik zu werden. Der übrigbleibende arabische  
Staat wird das Bergland und das Jordantal umfassen  
und wird dem Emir von Transjordanien unterstellt. Die  
in dem jüdischen Gebiet wohnenden Araber, etwa eine  
viertel Million, werden in den neuen arabischen Staat  
übergewählt. Die Kosten dieser Neubesiedlung tragen die  
englische Regierung. Außerdem erhält der neue arabische  
Staat eine einmalige Zahlung von 2 Millionen Pfund.

Die neue Ordnung soll am 1. Januar 1940 in Kraft  
treten. Bis dahin wird das englische Mandat über  
Palästina aufrechterhalten, so daß die Durchführung der  
neuen Ordnung vollständig in englischen Händen liegt.

## England trifft Vorsichtsmaßnahmen

Besonders der marxistische „Daily Herald“ äußert im  
Zusammenhang damit die große Besorgnis, daß es bei der  
Zulässigung dieses Teilungsplans in Palästina zu neuen  
Unruhen kommen werde, weil ein großer Teil der Ara-  
ber, aber auch ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung  
sich mit den Vorschlägen der Kommission nicht abfinden  
würde. Deswegen sei der britische Schatzmeister „Re-  
pulz“ erwartet von Malta nach Palästina in See  
gegangen. Auch in Palästina selbst würden bereits mili-  
tärische Vorsichtsmaßnahmen getroffen, und es werde im  
Falle neuer Unruhen der Belagerungszustand verhängt  
werden.

Den Standpunkt stellten, daß der deutsche Vierjahresplan  
ein Gegner des Weltmarkts sei und im Grunde genommen  
nur dem deutschen Wirtschaften, Selbstversorger zu-  
werden, entspringe. Das Buna, den synthetischen deutschen  
Kautschuk, seien gewisse Wirtschaftler mit Vorliebe als  
solch ein Element deutscher Antikriegstrebbens an, während  
beispielsweise das entsprechende englische Erzeugnis, oder  
der synthetische Gummi des amerikanischen Chemiekrusins  
nur als das Produkt des technischen und wissenschaftlichen  
Fortschritts unserer Tage gilt.

Aber auch derartige Gegenseitlichkeiten schaden nichts,  
sobald sie offen ausgesprochen werden, und am Ende vielleicht  
gar die bessere Einsicht steht. Der Mut zu Einsicht und  
Erkenntnis. So wird es vielleicht möglich, wenigstens  
ein gut Teil der Bevölkerung, die sich im Laufe der Konfer-  
enzberatungen als unerlässlich herausstellt, im Laufe  
der Zeit in die Tat umzusetzen; denn auf die Tat allein  
kommt es jetzt an. Aber von ihr gilt erfahrungsgemäß  
dass von einem ausländischen Redner zitierte Worte von  
Bascal: „Die meisten guten Grundlagen sind schon lange  
in der Welt verbreitet, die Schwierigkeit liegt darin, sie  
in die Praxis umzusetzen.“

## Die IHO dankt dem Führer

Der Führer und Reichskanzler erhielt von dem Prä-  
sidenten der Internationalen Handelskammer, Herrn  
Thomas J. Watson, folgendes Abschiedstelegramm:

„Ranmen des amerikanischen Delegierten ebenso wie  
im Namen des gesamten Kongresses der Internationalen  
Handelskammer möchte ich unseren liebenswerten Dank  
für die wahrlich großartige Gastfreundschaft aussprechen,  
die uns während unseres Besuchs in Deutschland erwie-  
sen wurde. Insbesondere erkenne ich auch dankbar an,  
daß Sie eine so große Zahl von Delegierten in Ihrem  
eigenen Heim willkommen geheißen haben. Ich bin der  
festen Überzeugung, daß solche Begegnungen viel dazu  
beitragen, das Gefühl für freundliche Zusammen-  
arbeit, die bei den heutigen Nöten ganz unerlässlich ist,  
zu stärken. Wir alle lehnen nach Hause zurück und neh-  
men mit uns den tiefen und dauernden Eindruck von all  
dem, was für unser Wohlbefinden während unseres  
Aufenthalts in Berlin getan worden ist.“

Seinen persönlichen Dank brachte Herr Watson durch  
ein weiteres Telegramm zum Ausdruck.

## Lebendige Ahnentafeln

Der Reichsführer SS spricht vor den national-  
sozialistischen Hochschulretern.

Auf der 3. Reichstagung des Nationalsozialistischen  
Deutschen Dozentenbundes sprach der Reichsführer SS  
und Chef der deutschen Polizei, Himmler. Er führte  
unter anderem aus: Die europäischen Völker und Staaten  
in Männerorganisationen: unter ganzem Staatsleben ist  
deshalb auf dem Männerrecht aufzugeben. Eines der Au-  
satzprinzipien war das Prinzip der reinen fachlichen  
Leistung. Heute kommt zu dieser sachlichen Bewährung  
ein weiterer Zweck nach: die nationale Erhaltung der  
Ahnentafeln.

Der Reichsführer SS behandelte im Zusammenhang  
damit die Gefahren einer Auslese, die gegen die Grund-  
gesetze der Rasse verstößt. Auch bloße strafrechtliche und  
polizeiliche Maßnahmen seien auf die Dauer nicht wirk-  
ungsvoll, wenn man außer acht lasse, die innewohnenden  
Werte der Rasse und des Volkstums zu kräftigen  
und in Bewegung zu setzen. Als Beispiel führte er das

an, dass den Volkszoll überwand, als es es  
in seinen Ahnen die fiktive Kraft zur Behauptung seiner  
Erfolgs fand. Erst der Führer hat die Verbindung der  
Vaterländer wieder allmählich wieder hergestellt. Der  
Reichsführer wies hier auf die Kampfleistung der  
Bewegung hin und fuhr fort: Nicht weniger wichtig ist  
die innere Bindung eines Volkes in seiner Geschicht-  
erfolge. Wir fertigen zwar Ahnentafeln an, aber das ist  
in der Mehrzahl tote Schreiberei, Ausfüllung von Formu-  
laren. Wir müssen aber dem Volksgeist wieder klar  
machen, daß diese Tafeln lebendig sind, daß er in  
seinen Ahnen lebt. Wir müssen die Geschichte unserer  
Familien wieder kennenlernen, denn in den Ahnen kennt  
jeder die eigenen Fehler und die eigenen Tugenden.  
Wenn wir aber wieder unsere Ahnen verehren, sind wir  
wieder verwurzelt, denn ein Volk, das seine Ahnen ehrt,  
hat Zukunft.

## Gegen die roten Mordbuben

Wolfsbewegung gegen den Bolschewismus in Portugal.

Das verbrecherische Bombenattentat gegen Portugals  
Ministerpräsidenten findet in der Öffentlichkeit schärfste  
Verurteilung. Das Regierungsorgan „Diário de Manha“  
drückt die allgemeine Erkenntnis aus, daß es sich um ein  
Vor-Moslaus handelt und bemerkt, daß die Bolschewisten  
den Traum von einer iberischen Sovjetrepublik noch nicht  
aufgegeben hätten. „Seculo“ schreibt:

Nicht nur unser Ministerpräsident ist einem großen  
Unfall entronnen, sondern das ganze Land. Heute sind  
es genau fünf Jahre, daß Salazar auch das Amt des  
Ministerpräsidenten übertragen erhielt. Moslaus versuchte,  
die Aufwärtsentwicklung unter dieser Führung zu unter-  
binden. Aber selbst wenn der teuflische Plan gelungen  
wäre — das Werk steht und wird nicht mehr vergeben.

Aus dem ganzen Land treffen in der Staatskanzlei  
Glückwunschtelegramme ein. Staatspräsident Carmona be-  
suchte Salazar, um ihm die Glückwünsche des Landes zur  
Errettung zu überbringen. Im ganzen Land sind  
Kundgebungen gegen das bolschewistische Verbrecherum  
zu hören.

Der Führer und Reichskanzler hat dem portugiesischen  
Ministerpräsidenten Antonio de Oliveira Salazar zur glück-  
lichen Errettung von dem Amt einen seiner herzigsten Glück-  
wünsche ausgesprochen.

## Katholische Hezpriester verurteilt

Wegen Anstiftung zum Aufruhr.

Das Sondergericht Königsberg verurteilte den Domherrn  
und Expriester Buchholz zu drei Jahren sechzehn Monaten Gefängnis, den  
Kaplan Sünzle zu zwei Jahren sechzehn Monaten Gefängnis und den Kaplan  
Jordan zu einem Jahr Gefängnis, sämtlich wegen des Ver-  
brechens des Aufruhrs als Adelsführer; weitere sechs Ange-  
klagte für Gefängnisstrafen von einem Jahr bis zu sechs Mo-  
naten Gefängnis wegen Aufruhrs; gegen einen jugendlichen  
Angeklagten wurde eine Verwarnung ausgesprochen.

Die elf Angeklagten waren während der Kreisfeier zum  
27. Mai d. R. Polizeibeamten bei der rechtmäßigen  
Ausübung ihres Amtes Befehl gegeben. Sie haben  
jedermann eine Rettung der Befördert verübt. Bei Buchholz  
handelte es sich um einen politisierten Geistlichen, der vor  
1933 in Ostpreußen als einer der fanatischsten Parteigänger  
des Zentrums bekannt war, und gegen den schon 1934 ein Ver-  
fahren wegen staatsfeindlicher Aufrüttungen geschworen hat.





